

Erfolg des innergewerkschaftlichen Widerstands

Der Widerstand hat sich gelohnt. Nachdem sich unzählige ver.di- und auch etliche IG Metall-Gliederungen gegen die DGB-BDA-Initiative zur „Tarifeinheit“ ausgesprochen hatten, konnte Gewerkschaftschef Frank Bsirske nicht mehr anders. Ende Mai entschied der ver.di-Gewerkschaftsrat – das höchste Gremium zwischen den Bundeskongressen – das Vorhaben nicht länger zu unterstützen. Auch der DGB-Bundesvorstand hat mittlerweile seinen Rückzug aus der Initiative mit dem BDA erklärt, wenn auch nicht aus Überzeugung, sondern auf Grund des massiven Drucks.

DGB-BDA-Initiative ohne Legitimierung ...

Ohne demokratische Legitimierung taten sich 2010 Gewerkschaftsfunktionäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und seiner Einzelgewerkschaften mit der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) zusammen, um das Streikrecht für kleinere Gewerkschaftsverbände einzuschränken. Der DGB verspricht sich davon quasi eine Monopolstellung bei Tarifverhandlungen. Aber, die gemeinsame Initiative von DGB und BDA wird die Beschneidung demokratischer Grundrechte aller ArbeitnehmerInnen zur Folge haben. Letztlich könnten davon auch die DGB-Gewerkschaften selbst betroffen sein.

...und immer stärker unter Kritik

Die DGB/BDA-Initiative geriet immer stärker in die Kritik. Nicht nur innerhalb des DGB, sondern auch seitens vieler ArbeitsrechtlerInnen. Nachdem sich zunächst vor allem in ver.di der Protest formierte, kommen inzwischen auch aus der IG Metall immer mehr ablehnende Stellungnahmen. Der innergewerkschaftliche Druck nahm damit zu. Die öffentlichen Aktionen der direkt betroffenen kleineren Gewerkschaften und Berufsverbände erhöhten den Druck weiter. Auch die Ankündigung der Tagung "Hände weg vom Streikrecht – für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit", die eine Brücke zwischen kritischen Mitgliedern von DGB-Gewerkschaften und den direkt betroffenen kleineren Gewerkschaften und Berufsverbänden schlagen soll und die auf Initiative der Gewerkschaftslinken initiiert wurde, dürfte dem ver.di-Vorstand sehr ungelegen gekommen sein.

Bundesregierung verunsichert

Vor dem Hintergrund der innergewerkschaftlichen Protestwelle und der Ablehnung der DGB/BDA-Initiative

durch ArbeitsrechtlerInnen ist sich die Bundesregierung inzwischen ziemlich unsicher, ob sie dem Ansinnen von DGB und BDA Folge leisten soll. Zu groß scheint ihr die Gefahr, dass ein entsprechendes Gesetz vom Bundesverfassungsgericht, mindestens teilweise, kassiert werden könnte. Das Gesetz selbst und dessen eventuelle Ablehnung durch das Bundesverfassungsgericht würden für die derzeit sowieso schon politisch angeschlagene Regierung einen weiteren Dämpfer bedeuten.

Trotz Teilerfolg...

Dies sind erfreuliche Nachrichten, aber noch haben sich nicht alle DGB-Einzelgewerkschaften von dem Vorhaben distanziert!

... müssen wir weiter machen!

Wir müssen mit unseren Protesten solange weiter machen, bis alle Einzelgewerkschaften, als auch die Bundesregierung von jeder Einschränkung des Streikrechts, egal auf welcher Ebene, die Finger lassen! Unser Ziel war und ist nicht nur, dass sich der DGB und alle seine Gewerkschaften selbständig aus der Initiative mit dem BDA zurückziehen, sondern dass jeglicher Versuch der Einschränkung des Streikrechtes gestoppt wird. Um das zu erreichen, gibt es noch viel zu tun.

Der Weg ist jetzt frei für eine ernsthafte Diskussion über die Zukunft der Gewerkschaften. Was für Organisationen werden gebraucht, um der anhaltenden Kapitaloffensive zu widerstehen? Wie ist die tatsächliche Einheit der Beschäftigten zu schaffen – im Kampf für gemeinsame Interessen? Welches Streikrecht benötigen wir?

Wir laden alle Freunde des uneingeschränkten Streikrechts herzlich zur Teilnahme an der Tagung „Hände weg vom Streikrecht – für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“ ein!

Sekretariat der Gewerkschaftslinken

**Einladung zur Tagung des bundesweiten Bündnisses
„Hände weg vom Streikrecht !
Für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“
Samstag 10. September 2011, 10.00 bis 17.00 Uhr
in Kassel, Arnold-Bode Str. 8, Raum 0113/0114**



Weitere Infos unter:
www.labournet.de
=> Tarifeinheit

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur
Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen –
Christa Hourani – Christiaan
Boissevain
Tel: 06182/782306
E-Mail: HKroha@t-online.de
Redaktionsschluss: 8. Juni 2011

Tarifrunde in Druckindustrie und bei Zeitungsverlagen 2011: Angriff auf die 35-Stundenwoche und auf die Löhne und Gehälter

Die Arbeitgeberverbände der Druckindustrie und Zeitungsverlage blasen in dieser Tarifrunde zum Generalangriff auf die in den 80iger Jahren hart und lang erkämpften Errungenschaften: Sie wollen Kostenreduzierung, wie es der Verhandlungsführer Pütz der Druckindustrie bei den vorletzten Tarifverhandlungen deutlich ausgedrückt hat, durchsetzen: „Wir sind angetreten, um Kosten aus dem Tarifvertrag rauszunehmen“. Das bedeutet:

- die 35 Stundenwoche soll abgeschafft werden. In der Druckindustrie wollen sie dafür einen Arbeitszeitkorridor bis zu 40 Stunden in der Woche über eine sog. Öffnungsklausel durchsetzen, um dies auf betrieblicher Ebene umsetzen zu können. Damit werden die einzelnen Betriebsräte erpressbar, die nach deutschem Streikrecht über keine Kampfmaßnahmen entscheiden dürfen. Eine Politik, die in der Metallindustrie bereits im Sinne der Unternehmer erfolgreich praktiziert wird.
- im Redaktionsbereich soll ein Tarifwerk 2 durchgesetzt werden, das für Neueinsteiger und für Redakteure/innen, die den Verlag wechseln, eine Gehaltsabsenkung bis zu 30 % bedeuten würde.

Kein Wunder, dass in den letzten Wochen mehrere Tausend Beschäftigte aus über 60 Druckunternehmen und einige tausend Redakteure/innen aus über 50 Zeitungsverlagen gegen diese Provokation in Warnstreiks - teilweise in mehrtägige und gemeinsame Warnstreiks - gegangen sind. Mehr als in den letzten Tarifrunden. Eine Reaktion, mit der wohl vor allem der Zeitungsverlegerverband nicht gerechnet hat.

Gemeinsame Widerstandsfront

Wir begrüßen, dass ver.di die gesamte Belegschaft von Zeitungsverlagen - die Beschäftigten der Druckunternehmen, die RedakteurInnen, die Verlagsangestellten und die ZeitungszustellerInnen, die Beschäftigten in den Rollenoffset- und Tiefdruckunternehmen und Beschäftigte in tariflosen Druckbetrieben bundesweit zu gemeinsamen Warnstreiks aufruft. Denn nur eine gemeinsame Widerstandsfront der Beschäftigten der gesamten Branche kann diese Infragestellung des Flächentarifvertrages und der damit verbundenen Errungenschaften durch die Unternehmer verhindern.

Um was geht es in dieser Tarifrunde?

Sowohl die Druckindustrie als auch die Zeitungsverlage befinden sich in einem Verdrängungswettbewerb, den nur einige wenige Große überleben werden. Die Druckunternehmen werden von der ökonomischen Notwendigkeit getrieben, „Überkapazitäten“, die sie in den sog. Boomjahren aufgebaut haben, abzubauen - allein im letzten Jahr wurden mehr als 10.000 Arbeitsplätze in der Druckindustrie abgebaut. Auf der anderen Seite stecken die Zeitungsverlage seit Jahren in einer massiven Strukturkrise: die Anzeigenerlöse, die ihnen zuvor als Garant für ihre Gewinne dienten, brechen immer weiter weg. Sie wälzen ihre Krise auf die Beschäftigten ab.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es sich hier nicht um eine „normale“ Tarifrunde handelt, bei der man mit dem üblichen Gewerkschaftsritualen - die Beschäftigten hier und da zu Warnstreiks aufrufen, um Druck auf die Verhandlungen ausüben zu können - auskommen wird. Diese Tarifrunde hat Signalwirkung auch für andere Bereiche.

Um den Manteltarifvertrag erfolgreich zu verteidigen und Arbeitsplatzabbau und Lohn- /Gehaltsabsenkungen zu verhindern, ist mehr nötig:

- Warnstreiks sind erste Signale an die Unternehmer, dass die Beschäftigten sich zur Wehr setzen wollen und können, aber Urabstimmung über unbefristete Streiks müssen sofort von den Gewerkschaftsverantwortlichen eingeleitet werden, um die gesamte Widerstandsfront gegen die Front der Arbeitgeberverbände aufbauen zu können.
- Die gesamte Branche muss in diese Streikbewegung einbezogen werden. Es ist bekannt, dass die Druckindustrie immer eine Vorreiterrolle für die gesamte Medienbranche gespielt hat - was hier von Seiten der Unternehmer durchgesetzt werden kann, wird auf die ganze Branche über kurz oder lang zurückkommen.



- Nicht zuletzt haben diese Tarifrunde und der Kampf um die Verteidigung der 35-Stundenwoche und der massive Angriff auf das in dieser Branche hohe Lohn- und Gehaltsniveau eine Bedeutung über die Verlags- und Druckbranche hinaus! Als ersten Schritt dazu müssen die Streiks, die derzeit im Groß- und Einzelhandel stattfinden mit den Streiks in der Druckindustrie und bei den Zeitungsverlagen koordiniert werden.
- Aber auch die anderen Gewerkschaften und politischen Kräfte, die sich auf die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten berufen, haben die Verantwortung, Solidaritätsaktionen bis hin zu Solidaritätsstreiks zu organisieren. Deswegen ist der Aufbau von Solidaritätskomitees mit den Streiks der Beschäftigten der Verlage und Druckindustrie notwendig.

Münchener Gewerkschaftslinken

**Weitere Infos unter:
www.mgl.labournet.de**

KBA Frankenthal:

Kampf gegen Schließung auf Raten – Massentlassungen verhindern

Seit dem 5. Mai steht die Streikfront. Formal geht es um einen Sozialtarifvertrag, substantiell geht es aber auch um die Verhinderung von Massentlassungen und darum, dass der Betrieb nicht auf Raten geschlossen wird. Nach Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes sind Streiks gegen Betriebsschließungen und Massentlassungen unzulässig, wohl aber der Versuch über einen Sozialplan diese Maßnahmen so teuer zu machen, dass sie sich nicht rentieren.



Nachdem der KBA Konzern bereits in Stuttgart mit dem Versuch, Massentlassungen durchzuzetteln und die Produktion zu schließen, am Widerstand der dortigen Belegschaft gescheitert ist, stehen nun im pfälzischen Frankenthal die Zeichen auf Sturm.

Hier hat die IGM zur Urabstimmung aufgerufen. Über 94% stimmten für Streik. Die Belegschaft verhinderte den Abtransport fertiger Maschinen. Sie hat bereits ihren Protest nach Würzburg, dem KBA-Stammsitz getragen und plant die anstehende Aktionärsversammlung zur Bühne weiterer Proteste zu machen.

In Frankenthal selbst geben sich Solidaritätsdelegationen von Betrieben aus der Region, sowie Repräsentanten des öffentlichen Lebens die Klinke in die Hand. Auch die Stuttgarter KBA-ler waren schon da und ein Vertreter der tschechischen KBA-Belegschaft überbrachte persönlich deren Solidarität.

Die Bürger der Stadt haben sich schon an regelmäßige Informationsstände und Demonstrationen gewöhnt. In fast allen Geschäften prangen die IG-Metall Plakate. Die soli-

darische Zustimmung ist groß. Eine Schließung des Werkes hätte schließlich auf die ganze Stadt und Region schlimme Auswirkungen. Und genau dies ist zu befürchten.

Ein nochmaliges Schrumpfen der Belegschaft droht den Betrieb, nach Einschätzung der IGM, unrentabel zu machen. Früher waren in dem Werk 2000 KollegInnen beschäftigt, jetzt sind es noch 660, von denen 60 ohnehin ausscheiden. Die geplante Entlassung von weiteren 200 Beschäftigten, eine Verlagerung der Produktion der Falzapparate nach Würzburg wäre der Anfang vom Ende. Hieß es in Stuttgart „Maschinen und wir, bleiben hier“, gilt in Frankenthal der Spruch „der Falz bleibt in der Pfalz“. Im ganzen Konzern und weit darüber hinaus muss es heißen: **„Nicht gegeneinander ausspielen lassen. Gemeinsam sind die Belegschaften stärker als die Bosse. Solidarität hilft siegen.“** *Manfred Jansen*

Weitere Infos unter:

<http://kba-streik.jimdo.com/presseberichte/>

Auszüge aus dem Artikel aus der Tageszeitung TAZ vom 13.

April 2011: Arbeiter in Fukushima - Japans Strahlenproletariat

Diese Arbeiter, darunter viele Tagelöhner, säubern die Wände der Reaktorbehälter, füllen strahlenden Abfall um oder wischen radioaktive Pfützen auf. Meist bleiben sie unter sich: Wer in Japan einmal in einem AKW gearbeitet hat, erhält nirgendwo sonst mehr einen Job. Genau wie die Hibakusha, die Strahlenopfer von Hiroshima und Nagasaki, sind Atomarbeiter stigmatisiert. Wie Nomaden ziehen manche von einem AKW zum anderen. ...

....Schon unter normalen Umständen sind sie (Arbeiter der Subfirmen, Anm. der Red.) die Fußsoldaten der Atomindustrie. 2009 stellten sie nach Angaben der Atomsicherheitsbehörde Nisa 88 Prozent der 83.000 Arbeiter in Japans 18 Atomkomplexen. In Fukushima I erreichten sie einen Anteil von 89 Prozent unter 10.303 Arbeitern. In der übrigen Wirtschaft stellen Zeitarbeiter nur rund 30 Prozent. ...

Doch nach Recherchen der japanischen Boulevard-Illustrierten *Friday* sind darunter viele ungelernete Tagelöhner, die im Auftrag der Subfirmen über Vermittler angeheuert werden. Sie haben keine andere Wahl, als diese Arbeit anzunehmen. "Wenn ich nein sage, erhalte ich überhaupt keine Jobs mehr", erklärte ein Arbeiter gegenüber dem Magazin, das sich als erstes Presseorgan Zugang zum J-Village verschaffen konnte. Sie sind nur mangelhaft auf ihren Einsatz vorbereitet: Vier Tage lang werden sie über Kernspaltung, Sievert und Becquerel unterrichtet. Den Abschlusstest müssen sie mit 90 von 100 Punkten bestehen.

Danach erledigen sie die gefährlichsten Arbeiten - und erhalten dafür den geringsten Lohn. Von umgerechnet 3.300 Euro Tageshonorar, die einigen Arbeitern weiter oben in der Pyramide angeboten wurden, können sie nur träumen. Sie müssen sich für die Aufenthalte in hochradioaktiv verstrahlter Umgebung mit einem Tageslohn zwischen 10.000 und 15.000 Yen begnügen, umgerechnet 80 bis 120 Euro. Ein Durchschnittsjapaner verdient im Monat 291.000 Yen (knapp 2.400 Euro).

Einige sind auf das Geld so angewiesen, dass sie vor dem Einsatz ihr Dosimeter absichtlich im J-Village zurücklassen, um die Austauschgrenze von 100 Millisievert später zu erreichen und so länger beschäftigt zu werden. Von Gesundheitsgefahren sei in ihren Arbeitsverträgen keine Rede, erzählte einer der Tagelöhner dem *Friday*-Reporter. ...

Weitere Infos unter:

www.labournet.de => Internationales => Japan

Wo bleibt mein Aufschwung?

Kongress am
9./10. Juli 2011
in Stuttgart,
DGB-Haus

„Dauerhafter Aufschwung oder weitere Etappe in der Krise?“ Sozialproteste müssen weitergehen, aber wie? Wie stellen sich die sozialen Bewegungen und die Gewerkschaften für die nächsten Jahre auf?

Der Verlauf und Charakter der Finanz- und Wirtschaftskrise und der jetzt schon wieder gefeierte Aufschwung werfen für Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen wichtige Fragen auf.

Weitere Infos unter:

stuttgart.verdi.de/bildung/wo-bleibt-mein-aufschwung

„Alternative zum schlichten Weiter so“?

Themen und Thesen des IGM- Vorstandes zum 22. Gewerkschaftstag

Angesichts des Reallohnverlustes der letzten Jahre und der immer wieder geäußerten Sorgen des IG Metall-Vorstandes um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, angesichts der Erfahrungen der letzten Tarifrunden, machen sich viele MetallerInnen Sorgen um den künftigen Kurs.

Erfreulich, dass in den nun vorgelegten Thesen alte Erkenntnisse eine Renaissance erfahren. Z.B. wird einem Wettlauf um niedrige Arbeitskosten und Senkung der Arbeitsstandards, einem Dumping-Wettbewerb, eine klare Absage erteilt. **Höhere Masseneinkommen zur Stärkung des Binnenmarktes** werden gefordert, auch um internationalen Volkswirtschafts-Ungleichgewichten entgegen zu wirken.

Aber mehr noch, es geht um wirklich Großes! **Der IGM-Vorstand will neue Wege einschlagen.** Nicht weniger hat er sich vorgenommen als „**die Wirtschaft in Gänze neu zu ordnen**“ und er fordert eine „**soziale und gerechte Weltwirtschaftsordnung**“.

So weit, so gut!

Wer aber nun schon den Kapitalismus wanken sieht, ist doch etwas voreilig! Nicht um die Überführung von wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum (wie in der Satzung der IGM gefordert) geht es dem Vorstand. Er denkt auch nicht daran, angesichts der faktischen Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (nämlich des Sozialstaates) die Beschäftigten aufzurufen, die Arbeit niederzulegen, wie es die Satzung ebenfalls vorsieht.

Nein! Er rühmt sich, maßgeblich an dem Krisenmanagement beteiligt gewesen zu sein, der Schaffung der „Voraussetzung für den gegenwärtigen Aufschwung“.

Wenngleich nach seiner eigener Einsicht dieser „Erfolg“ den „zerstörerischen Marktradikalismus nicht überwunden“ hat, „dessen Folgen allgegenwärtig“ sind.

Er fordert „überzeugende gesellschaftliche Alternativen zum schlichten Weiter so“. Aber – der Eindruck drängt sich auf – er macht selber über weite Strecken sehr schlicht weiter so wie bisher.

Zwar wird floskelhaft die Stärkung der IGM beschworen, um deren „Gewicht in der politischen Arena“ und ihre Verankerung in den Betrieben zu stärken, aber ansonsten klingen die **Appelle an Wirtschaft und Regierung** wie kollektives Betteln.

Hinzu kommen weitere Forderungen nach Wirtschaftsförderung durch die Allgemeinheit, statt nach Wirtschaftseigentum durch die Allgemeinheit.

- Wer wird freiwillig mehr Mitbestimmungsrechte in den Gewerkschaftshut werfen, „eine neue Balance zwischen den Interessen der Eigentümer und den gleichrangigen Interessen der Beschäftigten“? Wer wird der IGM einen **anderen Kapitalismus** spendieren?
- Woher soll eine **Wirtschaftsregierung für Europa** kommen, die den Markt und Wettbewerb so zähmt, dass er sich (statt an Profitgier) an Zielen orientiert, die gesellschaftlich wichtig sind?

Der Fragen wären viele.

Der Gewerkschaftstag findet in einer Zeit statt, wo die Weichen der Gesellschaft tatsächlich neu gestellt werden. Es braucht nicht nur einen Wunschzettel, es braucht eine kämpferische Strategie!

Weitere Infos im Extranet der IG Metall

"Operation Übernahme" geht weiter – für unbefristete Übernahme nach Tarif

Das Highlight der IG Metall-Jugendkonferenz vom März 2011 war: Die "Operation Übernahme" wird mindestens bis Ende 2012 fortgesetzt. Außerdem beschlossen die Delegierten, dass die IG Metall unbefristete Übernahme nach der Ausbildung ganz oben auf die tarifpolitische Agenda setzen soll.

Weitere Top-Beschlüsse waren:

- Leiharbeit: mittelfristig verbessern, hin zu gleicher Bezahlung und Arbeitsbedingungen - aber längerfristig ganz abschaffen
- Mindestlohn: nicht unter 10 €
- Bildung: für alle in guter Qualität, gut finanziert, frei ohne Barrieren und Gebühren zugänglich, ohne hierarchische und selektierende Systeme
- aktiv Beteiligung an Bildungsstreiks
- Erhöhung der BAföG-Förderung auf 1000 Euro im Monat
- Rente ab 60 nach 40 Versicherungsjahren
- Aussetzung der Rente mit 67

Eine deutliche Abfuhr erteilte die Bundesjugendkonferenz den Vorschlägen für eine „differenzierte Lohnpolitik“ (2stufige Tarifverträge – in die Fläche wirkend mit einer betrieblichen, ertragsabhängigen Komponente). „So etwas würde lediglich dazu führen, dass die starken, gut organisierten Betriebe nur noch für sich selbst kämpfen und die Schwachen allein stehen“, kritisierte ein Delegierter. Viele befürchten, dass eine solche „Verbetrieblichung der Tarifpolitik“ zu Lasten der Beschäftigten in kleineren Betrieben und in Ostdeutschland gehen würde. Auch beim Thema Krieg wurde von der Jugendkonferenz ein Initiativantrag beschlossen, in dem die Einstellung jeglicher Kriegsunterstützung durch die Bundesregierung gefordert wird. Konkret wurden dabei Überflug- und Nutzungsrechte für US-amerikanische und britische Militärs und die Einsätze von Bundeswehrosoldaten in Kuwait und in den AWACS-Aufklärern benannt.

IG Metall Frauenkonferenz beschließt weitreichende Anträge

Wichtige Anträge der IGM-Frauenkonferenz im Februar 2011 waren:

- Bundesweite Debatte zur Arbeitszeitpolitik
- Bezahlter befristeter Rechtsanspruch auf eine verkürzte individuelle Arbeitszeit für Betreuungsaufgaben
- Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse
- Mindestlohn von 10 €
- Entgeltungleichheit beseitigen
- Längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I
- Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften
- Anhebung des Regelsatzes bei Arbeitslosengeld II
- Eigenständige und transparent gestaltete Regelsätze für Kinder
- Verlängerung des Mutterschutzes (um 6) auf 20 Wochen